

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 28. November.

1 Uhr. Am Bundesratsliche: Graf Caprivi, Graf v. Posadowsky, v. Brunsow v. Schellenburg, Hollmann, v. Bötticher, Dr. Miquel u. A.

Als der Reichstanger den Saal betritt, wird ihm sowohl von Abgeordneten wie von den anwesenden Mitgliedern des Bundesrats ausföhrlich der Begrüßung des gegen ihn gerichteten gewöhnlichen Wohlwunschs geadult.

Eingegangen: Gesetzentwurf zum Schutze der Meeres-Beischungen.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Finanzminister Dr. Miquel: Es war vorherzusehen, daß die Generalbedarfe zum Etat auch die Steuererhöhdungen be- greifen würde.

Ich halte es nun für nützlich, Ihnen darzu- legen, aus welchen Erwägungen die Regierung zu den vor- liegenden Bedarfsanschlägen gekommen ist. Es war klar, daß von einer Seite des Hauses eine direkte Besteuerung ver- zogen werden würde.

Ich lasse die Frage aus dem Spiel, ob das Reich zur Erhebung direkter Steuern be- rechtigt ist. Ich persönlich halte dafür, daß diese Frage zu- nächst nicht, aber ob berechtigt oder nicht, thatsächlich ist die Einführung direkter Reichsteuern unzulässig und un- ausführbar; denn es giebt einzelne Bundesstaaten, in denen direkte Steuern in Form der Einkommensteuer überhaupt nicht erhoben werden.

Und wenn eine Reichseinkommensteuer in der Form von Zuschlägen zu den Einkommensteuern der Einzelstaaten erhoben werden soll, so müßten die Staaten, die keine Einkommensteuer haben, gezwungen werden, ihr direktes Steuersystem von Grund aus umzugestalten.

Das wäre ein Eingriff in das innerste Wesen der Einzelstaaten. Mit dem liberalen System in Deutschland würde sich ein solcher Eingriff sehr schwer vertragen.

Ebenso unmöglich wäre aber eine selbständige Reichseinkommensteuer, die nicht als Zuschlag erhoben werden sollte.

Soll das Reich sich dafür besondere Organe einrichten? Was ließe dann von der Selbst- ständigkeit der Einzelstaaten übrig.

Diese haben doch ihre Landesabgaben behalten. Aus welchen Quellen sollen sie ihre Landesgaben, wenn das Reich ihnen auch die direkte Besteuerung nimmt? Wer zahlt denn vor allem die Einkommensteuer? Gewiß, auch die reichen Klassen, aber 97 Proz. aller Steuerpflichtigen in Preußen, die zu Einkommensteuer verpflichtet sind, verdienen 100 und 500 Mk. Einkommen, ge- hören zu den Mittelschichten die das Schwergewicht der direkten Reichsteuern auch tragen müßten.

Eine Zwangssteuer, die Jeder zahlen muß, ist die nicht drückender als eine solche, die sich an ein Gehaltsmittel hält, das man willkürlich entziehen kann? In 1/2 von Deutschland ist der Wein ein Gehalts- mittel der wohlhabenden Klassen und seine Heranziehung zur Steuer drückt die Mittelschichten weniger als eine stärkere Heranziehung zur direkten Steuer.

Wenn das Alles richtig ist, dann behaupte ich, es wird Ihnen schwer fallen, eine indirekte Steuer zu finden, die weniger als andere Vor schläge die schwächeren Schichten drückt.

Es ist uns klar geworden, daß für eine höhere Biersteuer keine Mehrheit zu finden gewesen wäre.

Nach der bereits hohen Be- steuerung des Branntweins und des Bieres lag es doch nahe nun auch den Wein einmal heranzuziehen und die Frage mindestens den Reichstage einstimmig vorzulegen.

Auch die Frage einer Wechsteuer ist eingebracht worden, die in dem ersten Akt ein sehr unvorteilhaftes Gesicht hat.

Wir sind den Herren sehr gerne nachgegangen und diese genaueren Er- wägungen haben starke Belegen erweckt.

Wir haben eine solche Vorlage schon gehabt, die eine Kopfsteuer von 4 Mark von jedem Befreiten erheben und auch die persönlichen Mittel derselben berücksichtigen wollte.

Das gab also wieder eine Art Zuschlag zur Einkommensteuer. Und da er- hoben sich sofort wieder dieselben Bedenken, die ich schon gegen die Einkommensteuer entwickelt habe.

Die Wechsteuer würde auch ungerecht gewirkt haben, denn die Lage der Eltern ist doch eine sehr verschiedene, je nach- dem einer, mehrere oder keiner ihrer Söhne dient.

Die Voraussetzung der Wechsteuer ist doch ferner, daß der Befreite noch arbeitsfähig ist.

Nun denken Sie sich einmal die Etala durch die volle, verminderte und gänzlich fehlende Arbeitsfähigkeit. Erheben Sie also in jedem Falle dieselbe Steuer, so begehen Sie eine große Ungerechtigkeits.

Auch in den Staaten, welche eine Wechsteuer erheben, ist man von ihr nicht sehr eingenommen.

Als wir nichts weiter hielten, als die Deckung der notwendigen Ausgaben durch indirekte Steuern zu suchen (Sitz hört) und ich noch erwarten, welche Feindschaft die Herren mir gegen werden, auf einem anderen Wege zum Ziele zu kommen.

Man hat auch von einer Erbschaftsteuer gesprochen. Fast einstimmig wurde eine solche in Preußen abgelehnt, namentlich aus dem Gefühl, daß das Eigentum in Deutschland nicht eigentlich individueller Besitz des Erblassers ist, sondern daß der Erbe nur das Dispositionsrecht von dem be- hält, wovon ihm schon vorher das Eigentum in gewissem Grade zuzustand.

Dann aber wurde gegen die Erbschaftsteuer geltend gemacht, daß diese, wenn sie hoch ist, nach deutschen Verhältnissen eine der drückendsten Steuern ist, die besteht.

Die Lage des Erben soll besser werden, wenn er die Erbschaft antritt.

Das ist aber nicht der Fall; denn in sehr vielen Fällen wird die Lage der Kinder schlechter, wenn sie die Eltern verlieren; das trifft nur dann nicht zu, wenn das Erbe in großen Vermögen besteht.

Wenn aber die Eltern durch ihre Arbeit die Kinder unterstützen, vergrößert sich die Lage der Kinder.

Nun etwa 40 Millionen zu erheben, müßten von jeder Erbschaft in Deutschland von Abgehenden, Bes- zenden und Ehegatten mindestens 2 Proz. erhoben werden.

Ich frage Herrn Bittel, ob nicht die Mittelschichten hier- von am meisten betroffen werden würden.

Wenn also ein anderer Weg offen stehen sollte, so bitte ich mich zu fragen, welche anderen indirekten Steuern erhoben werden können, die die gewünschten Einnahmen aufbringen und die schwächeren Schichten nicht drücken.

Was endlich die Tabakfabriksteuer betrifft, so magt sie, wie sie vorgeeschlagen ist, den inländischen Tabakbau frei und entlastet die kleinen Tabakanbauern im Westen. Sie vermindert den Konsum nicht so, wie die brutale Gewichtsteuer, sie trifft den Tabak nicht seinen Wert.

Die agrarischen Behauptungen der Interessenten können hierin nichts ändern.

Das Reich ist verpflichtet, das was aus seinen Beschlüssen hervorgeht und der Notwendigkeit entspricht, auch aus eigenen Mitteln zu decken.

Es handelt sich darum, 56 Millionen zu beschaffen und das werden Sie ohne den Tabak nicht können.

Ich doch die Verwendung des Tabaks im Uebermaß schädlich. (Geheuer.) Man gewöhnt sich in auch sehr bald an eine geringere Qualität. (Munche.) Glauben Sie da, daß es möglich ist, sich in Deutschland mit 1 Mk. pro Kopf zu begnügen, wo Frankreich 7 Mk., England 5 Mk., Oesterreich z. mehrere Hundert Prozent der deutschen Besteuerung erheben. Manche, die zu mir gekommen sind, um mit mir über die Tabaksteuer zu sprechen, haben mir auch gesagt, wir dürfen es zwar nicht offen sagen, aber so schlimm, wie es immer gemacht wird, ist es nicht. (Munche.) Soviel über die Grundzüge der neuen Steuerentwürfen. Vorläufig halte ich mich an den Gedanken, daß die Mehrkosten der Militärvorlage auf den Beschlüssen der Reichstag beruhen und zweckmäßig gedeckt werden müssen durch die Beiträge des gegenwärtigen Reichstags, der verantwortlich ist für das Finanzwesen in Deutschland und auch für die bedenkliche Entwicklung der Verhältnisse des Reichs zu den Einzelstaaten, ebenso wie auch die veränderten Regierungen.

Abg. Richter (H.): Auch wir bedauern, daß in der Rede die Kundgebungen bei den militärischen Reizen des Kaisers ausgelegt wurden als eine Zustimmung zur Militärvorlage. Gerade in Glatz-Verhörungen ist eine Zweidrittelmehrheit gegen die Militärvorlage in den Wahlen hervorgegangen. Weshalb hat man in diesen Affirmationen nicht gleich eine Zustimmung zu den neuen Steuererträgen gesehen. Mein, diese Kundgebungen galten dem Kaiser, dem Repräsentanten des einzigen deutschen Reiches. In einer Zeit, wo so manches paßst, was geeignet ist, den monarchischen Sinn der Bevölkerung zu erheitern, sollte die Regierung sich darüber freuen, daß das Volk in der Person des Kaisers mehr fiedt als den Repräsentanten irgend einer Regierungsmehrheit, sondern daß es in ihm sieht den Repräsentanten des Vaterlandes (Beifall). Was nun die Vor- gänge in Hannover anlangt, so bin ich wohl davon entfernt, von jenen traurigen Gesellen, die in Hannover als Zeugen auftraten, einen Schluß zu ziehen auf die Gesinnung unserer Offiziere. Mein Landweide und Landweide-brauer Offiziere giebt es, die sich mühsam und ehrlich durchschlagen und aus- zutommen suchen. Andererseits aber beschränkt sich das Uebel nicht allein auf die Weichhülle in Hannover und jene 40 bis 50 Zeugen. Mein, man hat den Eindruck, daß das Spiel noch in manchen Garnisonen existiert. Der Kriegsminister stellte es so dar, als ob die Dinge die Armee überhaupt, dem Reichstag gar nichts angehe. Nun, dem Reichstag geht die Armee mehr an, als ihr lieb ist; denn er muß sie bezahlen. (Sehr wahr.) Der Kriegsminister wundert sich auch, daß die öffentliche Meinung sich über diese Dinge so sehr erregt hat. Nun, die Öffentlichkeit erregt sich, weil solche Dinge, unbeschadet der besonderen Offiziersbehr, vorkommen, die man in einen Gegenfah stellt zu der bürgerlichen Ehre, das solche Dinge vorkommen in den Regimenten, die traditionell die Aufnahme von bürgerlichen Mann vorzuziehen. (Beifall.) Die Öffentlichkeit erregt sich darüber, daß der Etat selbst zu dem un- moralischen Charakter aufwacht, daß er den Soldatieren bis zum „den ererbten Seemann“ führt. Minister Miquel, der uns gestern seine historische, realistische Entwidlung so schön vorgeführt hat (Geheuer), hätte sich bis zu der Erkenntnis entwickeln sollen, daß das Lotterielot eine ewige Unmoralität ist. Ich will auf diese Dinge jetzt nicht weiter eingehen, so wenig, als die praktische Politik niemals so große Aufgaben aus gestellt hat, wie jetzt.

Minister Miquel stellt es so dar, als ob es sich jetzt nur um die Wahl handelt, ob direkte, ob indirekte Steuern. Mein, die Budgetkommission wird höchst ernstlich die Frage zu prüfen haben, ob überhaupt 100 Millionen notwendig und zu beschaffen sind. Der Finanzminister möchte gerne aus dem Vollen schöpfen können, das ist verständlich. Er fordert 60 Millionen Kosten der Heeresorganisation und 40 weitere Millionen. Kann wirklich die Heeresorganisation mit 60 Millionen in Betracht gezogen werden? Die ursprüngliche Militärvorlage der Regierung sollte nur 58 Millionen kosten. Der Antrag Hüner, der dann später Geßel, brachte noch eine Herabminderung von 9 Millionen Mark. Wie kommt man also dazu, jetzt 60 Millionen zu fordern, statt nur 49 Millionen. Und es sollten ursprünglich 7 Millionen, nach dem Antrag Hüner sogar 10 Millionen ausreichen für einen späteren Bedarf. Geßel meint, daß der Etat selbst zu dem un- moralischen Charakter aufwacht, daß er den Soldatieren bis zum „den ererbten Seemann“ führt. Minister Miquel, der uns gestern seine historische, realistische Entwidlung so schön vorgeführt hat (Geheuer), hätte sich bis zu der Erkenntnis entwickeln sollen, daß das Lotterielot eine ewige Unmoralität ist. Ich will auf diese Dinge jetzt nicht weiter eingehen, so wenig, als die praktische Politik niemals so große Aufgaben aus gestellt hat, wie jetzt.

stein abzukufen, um dann selbst mit Surra wirtschaften zu können. Es bedarf aber überhaupt keiner neuen Steuern für die Deckung der Heeresvorlage. Diese kann sehr gute, kann überreichlich erfolgen durch Befreiung der Liebesgaben der Bremer und der Sportprämien für den Jüder. (Beifall) Beifall links.) Solange das nicht geschieht, werden wir neue Steuern nicht bewilligen. Man spricht von dem Rückgang in den Erwerbsverhältnissen. Ich bin der Meinung, daß sie jetzt eben so schlecht sind wie im Vorjahre. Eine Besserung ist aber schon deshalb nicht möglich, weil eine fortgesetzte Demurrirung der gestammelten Erwerbsverhältnisse durch die Steuererhöhungen erfolgte. Nun haben wir gestern im Reichstage „gesehen, daß die ersten 7 Monate der Betriebsergebnisse der preussischen Eisenbahnen bereits ein Plus von 30 Millionen gegen die gleiche Zeit im Vorjahre ergeben haben, der Monat Oktober allein von 7 Millionen. Wenn diese günstige Situation so fort bleibt, ergibt sich in diesem Jahre ein Plus von 50 Millionen gegenüber dem Etat, während das Vorjahr ein Minus von 31 Millionen gegen den Etat ergab. (Im Ganzen also wären die Ergebnisse der preussischen Eisenbahnen diesmal um 80 Millionen günstiger als im Vorjahre, das wäre das Drei- bis Vierfache von dem, was auf Preußen aus der Summe von 40 Millionen aus dem neuen Finanzprojekt kommen würde. Sie sehen daraus, daß die Finanzlage in Preußen durchaus keine so schlimme ist. Uebrigens hat der Amtsvorgänger des Schatz- sekretärs auch noch ganz ausdrücklich durch eine von mir pro- posede Erklärung Vorfrage getroffen, daß wir nicht durch den Anfall dieses Etats Rechnung zur Bewilligung neuer Steuern erheben sollten. Die Verschlechterung der Stellung der Ein- zelstaaten aus diesem Etat beträgt nur 7 bis 8 Millionen. Und wenn man die Statistik richtig gestellt werden, wenn die Einnahmen der Post, der Reichseisenbahnen und einzelnen Ver- bandssteuern richtig gestellt werden, wenn z. B. ganz ordinaire Ausgaben, wie ganz neuer Oberbau, Beschaffung neuer Staatsfähnen nicht in den ordentlichen Jahreverhaushalt eingestellt wären — eine ganz eigentümliche Finanzwirtschaft! — dann könnte diese Verschlechterung der Einzelstaaten sehr gut in eine Ver- besserung von 7—8 Millionen verwandelt werden.

Die Marineforderungen sind diesmal wieder bedeutend. Es ist geftern von den großen Baugern die Rede gewesen. Der Staatssekretär Hollmann hat die Kritik des Abg. Bittel als eine persönliche Beleidigung dieser Schiffe angesehen. (Geheuer.) O nein, die Kritik richtete sich gegen den ganzen Typ, gegen die ganze Klasse der großen Panzerflotte. Und der Zweifel daran, ob es richtig ist, diese Rostlöcher zu bauen, ist durchaus kein sozialdemokratischer, sondern diese Ansicht teilen auch andere Parteien, und vielleicht wird erst die Zukunft zeigen, wer Recht hat. In keiner Verwaltung ändern sich die Ansichten so rasch wie in der Marineverwaltung. Für die Kolonialpolitik werden ebenfalls neue Opfer gefordert. Unsere Kolonialpolitik sieht immer mehr in Guerillakrieg in den Kolonien aus. Offiziere werden hingeschickt, gewiss tapere Offiziere, aber weil die tapere Offiziere sind, wollen sie die Kapitulation auch gegen, machen Expeditionen, die aber nicht immer glücken. Dann folgen Straf-Expeditionen, bei denen es mit einer oft auch nicht abgehen ist, weil die Eingeborenen schneller Beute haben — und so kann für die Kultur nichts geschehen. Auch die Missionstätigkeit muß darunter leiden.

Ich werde mich zu dem Ertragsordinarium. Es ist ein Zwitter: 28 Millionen Meilen und 84 Millionen ordentlicher Bedarf. Geßel machte Abg. Frigen eine Andeutung, daß für die Amortisation der Reichsschuld etwas geschehen müßte. Ich sah mir dabei den Herrn Finanzminister aufmerksam an, wie er sich gewissermaßen hochachtungsvoll erhob und eine tiefe Verbeugung vor dem Herrn Frigen machte — sofort sah er offenbar in dieser Andeutung eine Sandhabe, das Centrum für neue Steuern zu fassen. Ich lege ausdrücklich Verwahrung dagegen ein, daß für eine Amortisation der Reichsschuld neue Steuern erforderlich sein sollen. Neue Meilen werden auch in Zukunft noch erforderlich sein, z. B. für neue Eisenbahnen. Es wäre ein Wierhörn in sich, wenn man daneben die alte Schuld tilgen wollte, wenn man mit der einen Hand neue Amortisationslosse verkaufen und mit der anderen Hand alte kaufen will. Jedemfalls muß man die alten freieren, als man die neuen kauft. Wenn ich sehe die Sandhabe, die eine Herstellung des Gleichgewichts in den Finanzen darin, daß man anseherndliche Ausgaben möglichst auf den laufenden Etat übernimmt und in der Beilegung ist in der letzten Zeit eher zu viel als zu wenig ge- schehen. Abg. Frigen meinte, wenn man amortisierbare Rente einführt, dann werde der Kurs der Staatspapiere steigen. Ich beschränke das. Wenn aber der Kurs der Papiere wirklich über 100 steigen sollte, dann wären die Besitzer amortisierbarer Renten im Nachteil. Die Einführung einer leitfähigen Tilgungs- pflicht wäre kein Vorteil, sondern ein Nachteil für unsere Finanzen. Das Ertragsordinarium des Militäretats ist im Ver- gleich zu den anderen Etats sehr bezwungen. Man sehe nur wie tiefmütlich die Universität und Behörden in Bezug auf Neubauten behandelt werden und vergleiche damit die neuen Militärgebäude, die verlangt werden; 21 neue Kasernen sollen gebaut werden. Dann sind mehr Kasernentürmen im Laufe des letzten Jahres gebaut, als in der ganzen Zeit, so weit ich mich zurückerinnern kann. Ist das Alles unbedingt notwendig? Neue Lebnungsplätze für die ganze Armee werden jetzt gefordert, die über 100 Millionen kosten werden. Sie mögen wohl notwendig sein, aber dann sollte doch die Militärverwaltung die wertvollsten Grundstücke, die sie überhand besitzt und verschand entwerfen kann, veräußern. Auch wäre es sich wohl lohnen, einmal nachzuforschen, wie es kommt, daß unsere Armee bereits 733 pensionierte Generale und 3600 pensionierte Stabsoffiziere hat, während die junge Marine sogar 1333 pensionierte Admirale aufweist. Schon vor Jahrzehnten hat man einen verantwortlichen Finanzminister im Reich verlangt, aber wie haben jetzt ja nicht einmal eine dauernd organisierte Rechnungskontrolle. Jetzt erhebt auch kein Finanzminister mehr Einspruch gegen so hohe Militärforderungen, wie das früher geschah. Ich erinnere nur an den bekannten Brief des Finanz- ministers v. Camphausen an den Kriegsminister v. Koon. Die fortgesetzte ungenessene Steigerung der Militär- und Marine- Ausgaben ist der Grund unserer finanziellen Rückgangs. Man muß jetzt nicht von Grund aus zu helfen, sondern kränkt sich wie ein Wunderdoktor. Wenn nach einem unglücklichen Kriege dem Lande eine Kontribution auferlegt würde, dann würde ich noch immer nicht solche Steuern vorschlagen. Auf eine duragreifende Reform der Eisenbahntariffe müssen wir verzichten, aber eine Verkehrsbeschränkung durch die Brachsteuern sollen wir bekommen. Wenn man die Tabaksteuer ins Spiel auf die Steuer in anderen Staaten empfiehlt, so verzieht nicht,

dass in anderen Staaten nicht so viele andere Steuern sind, England hat keine Petroleumssteuer, keine Zuckersteuer, keine Grundsteuer. Gerade die sozialpolitische Entwicklung müsste den Minister Miquel hindern, so brutal in die Verhältnisse eines Gewerbes und des Geschäftsbetriebes einzugreifen, wie es mit der Tabaksteuer will. Ein Zuckfabrikant legt sich ja noch immer besser, wie ein Tabakfabrikant nach dem neuen Gesetz. (Aachen rechts). Das Volk ist durch Versprechungen der Regierung betrogen der Einführung der Mittel frei geführt worden. Wenn man den Staatserwerb absetzt beschränkt und neue Steuern einführen will, so mögen das die Einzelstaaten thun, aber so etwas versuchen sie nicht. Nichts läuft dem Grundgedanken der Besteuerung mehr zuwider, als die jetzt geplanten Steuern. Herr Miquel hat früher im Jahre 1867 selbst mitgeteilt, dass der Satz in die Reichsverfassung aufgenommen wurde, dass so lange keine direkten Steuern im Reich eingeführt seien, das Reich indirekte Steuern erheben soll, und jetzt sagt derselbe Miquel, dass direkte Steuern, die doch offenbar von der Besteuerung damals ins Auge gefasst waren, im Reich unzulässig und undurchführbar seien. Das Herr Miquel sich von 1850 an geändert hat, wird ihm Niemand verargen, aber müsste er sich denn auch von 1867 bis jetzt so ändern! (Geister.) Wir waren der Meinung, die Matricularbeiträge sind so lange beizubehalten, bis sie durch eine beweisliche Steuer ersetzt würden. Das gerade Gegenteil ist jetzt eingetreten. Niemand ist es damals eingegangen, dass die Einzelstaaten Kollisions des Reiches sein sollten; sie sollten gerade Zuzug zum Reich zahlen. Jetzt dreht man es um und sagt, die Einzelstaaten sollten vom Ueberdus der indirekten Steuern, die doch vorzugsweise die minder wohlhabenden Klassen des Volkes treffen, leben. Damals hätte man es als eine Schwächung des Reichsgedankens betrachtet, den Bedarf des Reiches allein auf die indirekten Steuern aufzubauen. Rein. Ihr jetziges Steuereingehalten ist keine Anleihe zu einer vernünftigen Finanzpolitik, sondern eine neue Stape auf dem 1870 eingeschlagenen falschen Kurs der Ueberduspolitik. Wir werden uns mit allen Kräften dem widersetzen, daß auf diesen Wegen weiter gegangen wird, und deshalb werden wir eben gegen das Finanzgesetz stimmen, wie gegen die neuen Steuererlasse. (Beifall.)

Staatssekretär v. Posadowski-Wehner: Die Finanzverwaltung hat die Aufgabe, die Dringlichkeit der vorgeschlagenen Ausgaben zu prüfen und sie dementsprechend in den Etat einzufassen. Das hat sie gethan. Dem jetzigen Zustand gegenüber ist die Finanzverwaltung ein Schritt, dessen Zweckmäßigkeit doch von Allen erkannt werden sollte. Ueber Einzelheiten des Etats werden wir uns in der Kommission am besten unterhalten. Ein Theil der Einnahmen des Reichs, die, wie ich gestern schon sagte, bis 1898/99 sich nur um 70 Millionen zunehmen werden, geht doch den Einzelstaaten, und man kann darüber nicht, wie das Abg. Richter, hat, zu Gunsten des Reichs verfügen. Das steht auch in Widerspruch mit Umständen, die Abg. Richter früher geäußert hat. Früher hat außerdem Abg. Richter behauptet, daß die Einnahmen des Reichs für die wachsenden Ausgaben auf die Dauer nicht genügen würden und jetzt steht er auf einmal die Finanzlage für gut an. (Aachen rechts) unter lebhaftem Beifall von der rechten Seite eine Stelle aus einer früheren Rede Richters, die das beweist.) Was die Aufhebung der Verbelegungsanleihe, so sollte Abg. Richter einmal auf's Land kommen und sehen, wie schlecht es dort den Grundbesitzern und Bauern geht. Ohne diese sogenannten Verbelegungen würden letztere gar nicht mehr bestehen können. Ich bin nicht der Ansicht, daß man keine Schuldentilgung beginnen soll, ohne man seine Anleihen und neue Steuern mehr braucht. Mit dem Wachsen der Einnahmen muß meine Ansicht nach auch eine rationelle Schuldentilgung eintreten. So geschieht es doch auch in der Gemeinde. Was die Steuern veranlagt anlangt, so ist bei der Tabaksteuer auf die lästige Kontrolle besonders hingewiesen worden. Aber solche Kontrollbestimmungen bestehen doch jetzt schon bei der Brauwein- und Zuckersteuer. Man die Quittungssteuer! Da giebt es doch eine ganze Menge Befreiungen daran und dann glaube ich, daß der Handwerker diesen Stempel gar nicht bezahlen will, sondern in Rechnung stellen. Warum soll denn bei uns alles anders sein wie in anderen Ländern? In Frankreich besteht schon lange eine Quittungssteuer. Was die Tabaksteuer angeht, so rednet die Regierung nicht, wie Abg. Richter ausgedrückt hat, auf einen Rückgang von 20 Proz., sondern auf einen solchen von nur 12 bis 16 Proz.

Minister Miquel: Ich habe erklärt, daß nach meiner Ueberzeugung einer Einführung einer direkten Reichs-Einkommensteuer nichts entgegenstehe; wenn Abg. Richter das Gegenteil behauptet, so hat er mich mißverstanden. Ich hatte eigentlich erwartet, daß Abg. Richter seinerseits eine bestimmte Reichssteuer vorge schlagen hätte, dann hätte man ja sehen können, wie das Haus sich dazu stellt. Zur einmal ist ein solcher Versuch im Jahre 1867 durch Abg. Richter gemacht worden, aber der Antrag ist damals keine Heben im Reichstag und ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Antragsteller selbst kein Vertrauen mehr zu ihrem Antrag hatten. (Widerspruch des Abg. Richter). Herr Richter würde laquidare Weise die volle Befreiung der Frankfurterischen Klasse befürworten. Ich will abwarten, ob er das thut. Es ist so oft vorgekommen, daß man hier und

andwärts Reden, die ich früher als Abgeordneter gehalten habe, gegen mich anführe. Ich kam mich darauf nicht einlassen. Ich habe viel zu viel zu thun, um all die Reden, die ich zu irgend einer Zeit bei irgend einer Gelegenheit gehalten, nochmals zu studieren, und die Reden, die die andern Herrn darauf gehalten haben, mir auszuheben. Aber auf die Rede von mir will ich zurückkommen. Es ist die Rede, die ich 1867 in Berlin bei Gründung der Reichsjung des Norddeutschen Bundes gehalten habe; damals sagte ich, wenn die Matricularumlagen die Ueberweisungen überdies wären, dann würde daraus eine Kopfsteuer, und es ist eine große Ungerechtigkeit, wenn z. B. 100 000 Balderer so viel bezahlen sollen, wie 100 000 eines anderen Staates. Es würde aber auch die größte Bevorrung in den Einzelstaaten dadurch entstehen. Das habe ich damals gesagt, und das ist jetzt eingetreten. Aber die Demüthigung, die die kassischen Schwankungen in Folge der Matricularumlagen, der mich zugehen, daß ich 1867 das Richtige gesagt habe. Wo ist ein Staatsweien von dauerndem Bestande gewesen, das seine Einnahmen auf „Einnahmen“ dauernd festsetzt. Dadurch ist das glänzende römische Reich nach und nach ein Schatten geworden. Bewilligen wir keine eigene Einnahmen, sondern bleiben bei den steigenden und schwankenden Matricularumlagen, was wird dann die Entwicklung des Reiches sein? Deutschland liegt jetzt in der Hand eines mächtigen Fürsten. Er besitzt eine Hausmacht, wie sie noch nicht dazwischen ist. Wenn man nun einmal im deutschen Reich von Macht sprechen will, dann würde nicht das Reich unterliegen, sondern die Einzelstaaten. Wir wollen aber nicht in Deutschland nach Macht gehen, sondern nach Gerechtigkeit und Billigkeit. (Beifall.) Wir wollen nicht, daß die Frage, ob die Einzelstaaten geben, ob sie eine geordnete Finanzverwaltung haben und behalten können, entschieden wird nach Macht, sondern sie soll entschieden werden nach Recht und Billigkeit. (Beifall rechts.) Das ist die Bedeutung dieser Vorträge für die zukünftige Entwicklung Deutschlands. Wir wollen eine friedliche und billige Auseinandersetzung. Wir wollen nicht die Interessen des Reiches denen der Einzelstaaten vorantreiben, wir wollen auch finanziell dasjenige durchführen, was die Reichsverfassung in Bezug auf die Verteilung der Gewalten in Deutschland für das föderative Staatensystem in die betreffenden Paragraphen gebracht hat. (Beifall.)

Abg. Dr. von Frege: Ich habe meine Rede mit dem Satz gegen Gott zu beginnen, daß der höchste Beamte des Reichs einem verbrecherischen Aufschlag glänzend entronnen ist. Ich hätte erwartet, daß schon ein früherer Redner des Anlasses gedacht hätte. Ich sage dies trotz der Auseinandersetzungen, die wir in letzter Zeit erst mit dem Reichsanwalt gehabt haben. (Geister.) Ich glaube, es würde in keinem andern Parlament der Welt verstanden worden sein, wenn wir nicht bei einer solchen Gelegenheit unserem Dante über Gottes gnädige Fügung Ausdruck geben hätten. Ich muß nochmals auf die Hannoverischen Vorgänge zurückkommen. Es hand in einem russischen Blatte eine Notiz, in der das Offizierskorps verurteilt wurde und die Offiziere als Falchspieler bezeichnet waren. Es war ein Berliner Telegramm, und Jeder wird für den Wiener desselben nur ein Pui! haben, der einen der ehrenwerthen Stände bei uns so beschimpft. Was haben den Etat anlangt, so meine ich, man könnte bei der inneren Ausstattung des neuen Reichstags Anstöße machen. Dann ist es höchst bedauerlich, daß in dem Prachtbau des neuen Reichstagsgebäudes nicht einmal eine Dienstwohnung für den Bureauvize aufgefunden ist. Beim Ansehen des Baues habe ich die Befürchtung, daß die Zeit nicht gut gewährt ist, um zwei Vorkosten fest eine Gehaltserschöpfung zu gewöhnen. Dann wird auch zu prüfen sein, ob die neu vorgeschlagenen Direktorenstellen beim Reichsamt des Innern notwendig sind. Gerade die Ausdehnung der statistischen Verwaltung wird, wie ich meine, im Lande nicht gerne gehen. Es wird schon ohnehin genug reglementirt. Auch die Position des Reichsgerichts wird genau zu prüfen sein. Ich muß allerdings sagen, daß der Bau des neuen Reichsgerichtsgebäudes in seiner Einfachheit in wohlthätigem Gegensatz zu dem prunkvollen Bau des Reichstags steht. Beim Marineetat ist in diesem Jahre nur das Mindeste gefordert worden, was man fordern konnte. Das muß ich nach meinem Studium des früheren Marineetats konstatieren. Hier hat die Regierung ein sacrificio del intelletto begangen. Auch der Militäretat ist mit großer Knappheit aufgestellt. Die Erwerbung von Schießplätzen ist notwendig. Auch die Manöver müssen in großem Umfange beibehalten bleiben, obwohl sie den Landwirthen wirtschaftliche Nachteile bringen. Der Patriotismus ist auf dem Lande noch nicht verschwunden. Das muß ich auch dem Abg. Schulz-Danwitz gegenüber anführen, und das ist mehr werth, wie Kunst und Lapidem. Wenn der Herr Danwitz jetzt so zumimmt, so liegt das daran, daß jetzt kein Militär die Leute viel mehr angereizt und früher abgemagt werden. Was die Ueberhöhung der Postverwaltung anlangt, so sind dieselben so hoch, wie die Post die Eisenbahnen aus nützt und ihre Beamten so ungenüht, wie keine andere Verwaltung. Man sollte doch dieselben entlasten. Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Frage anregen, ob man

nicht an Stelle der Dreipfeilmärke mehr die Fünfpfeilmärke setzen und möglichweise die Dreipfeilmärke ganz abschaffen kann. Dann würde sich vielleicht auch eine Stempelsteuer von 5 Pf. für jedes Fünfpfeilmärkte der Post empfehlen. Die Mindererträge aus den Zellen werden meiner Ansicht nach viel bedeutender sein, als man jetzt annimmt, weshalb man auch solche Einnahmequellen nicht verschmähen soll. Daß im Etat die Wäffern in Ostafrika besonders berücksichtigt werden, freut mich auch vom evangelischen Standpunkte aus. Wenn Abg. Bebel es der Schutztruppe vorwirft, daß sie auch Frauen erschossen habe, so würden, wenn wir aus dem Abg. Bebel empfohlene Maßregeln einführen, das andere Grausamkeiten vorkommen. Unsere Schutztruppe kommt in dem angeführten Falle nicht anders. Wenn wir aufgegeben werden, hier selbst keine Einnahmequellen vorzuschlagen, so möchte ich das Monopol der Einnahmen. Das würde 40-50 Millionen einbringen. Jede weitere Ausföhrung über die Brauweinbesteuerung ist nach den treffenden Ausführungen des hiesigen Finanzministers und des Staatssekretärs v. Posadowski heute unmöglich. Sagen will ich nur, daß jetzt schon der Spiritus ein solcher ist, daß mit Nutzen kein Brenner mehr arbeiten kann, sondern die meisten den Betrieb nur aufrecht erhalten, um Viehstich zu haben. Dann empfehle ich eine Inzertsteuer. Mit Inzerten wird ein arger Mißbrauch jetzt getrieben. Es wäre gut, wenn diese Inzerte weggelassen. Kann man das nicht erreichen, so würde wenigstens der Staat einen Vortheil daraus ziehen. Auch hätte ich gegen eine möglichst hohe Totalzollsteuer nichts einzuwenden. Was nun die genannte wirtschaftliche Lage angeht, so fängt man jetzt an zu rütteln an dem Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft. Aber meine Freunde werden die Zusammengehörigkeit von Industrie und Handel immer anerkennen. Aber gegen die Beste müssen wir uns wenden. Man sollte dieselbe noch viel mehr besteuern, besonders wäre eine hohe Emittionssteuer angebracht. Daß uns die Sozialdemokratie dabei nicht unterstützt, befreit ich nicht, man könnte daraus schließen, daß diejenige heute finance sich bei den Sozialdemokraten eine besondere Stellung gesichert hat. Die Gelobung steht hauptsächlich im Dienste der Börse, während die Landwirtschaft sämmtlich die Doppelverwahrung fordern, weil sie das einzige Mittel ist, dem Sinn der Produkte Einhalt zu thun, und es freut mich, daß auch die Industrie jetzt anfängt, sich der Doppelverwahrung zuzuwenden. Hervorragende Sachkenner haben für England schon zugegeben, daß die Goldwährung so nicht weiter fortbestehen kann, sondern ein bestimmtes Werthverhältnis zwischen Gold und Silber wieder hergestellt werden muß. Warum sind die deutschen Unternehmer bei der letzten Münzkonferenz in Brüssel nicht mit anderen Instruktionen versehen worden? Die Regierung hat jedenfalls die Pflicht, die Verhältnisse der Weltmarkt einzufügen zu prüfen. Es muß eine halbe Volkswirtschaft wieder hergestellt werden. Hoffentlich nimmt der jetzige Reichsstaatssekretär in dieser Frage eine andere Stellung ein, wie sein Vorgänger. Nur die Juden haben den Vortheil von der jetzigen Lage, und wenn man die Ueberhebung der Juden in den großen Schritten fest, so wird man es uns nicht verübeln, wenn wir Schritte thun, um wenigstens die Einwanderung auswärtiger Juden zu verhindern. In dieser Beziehung stehen wir mit den Antisemiten auf demselben Boden. Abgeordneter Richter hat den Bau von Garnisontirtheil beantragt. Nun, wir brauchen christliche Soldaten, die Religion haben und in die Kirche gehen. Der Judenjüngstruppe freilich geht es nicht, von Herrn Richter bis zu Bebel. (Aachen links, Beifall rechts.)

Direktor im Reichsamt für die Ausföhrungen des Vorredners über Sparmaßregeln der Reichspostverwaltung können hier, und namentlich draußen im Lande, mißverstanden und mißdeutet werden, als ob die Reichspostverwaltung in der Honorierung ihrer Beamten irgend einer anderen Verwaltung zurückstände oder in der Ausföhrung der Postverwaltung die Leistungsfähigkeit ihrer Beamten bei zunehmendem Verkehr zu weit geht. Ich kann erklären, daß die Postverwaltung immer davon ausgegangen ist, in dem Maße, wie der Verkehr sich hebt, die Zahl der Beamten zu vermehren. Einen Beweis liefert der Etat. Sie finden allein in einem einzigen Titel eine Vermehrung der Beamten um 1000, zusammen um 2200 Mann. Hierauf vertritt sich das Haus. Auf eine Anfrage des Abg. Boedel, wann sein schleuniger Antrag auf Entlassung des Abg. Althardt aus der Haft auf die Tagesordnung gesetzt werden solle, antwortet Präsident v. Levetzow, er halte den Antrag nicht für einen schleunigen, wenn er auch diese Bezeichnung trage. Er werde ihn nur auf die Tagesordnung setzen, wenn dies vom Hause beschlossen werde und rathe dem Abg. Boedel, einen bezüglichen Antrag zu stellen. Abg. Boedel beantragt nunmehr, seinen schleunigen Antrag auf die morgige Tagesordnung zu legen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Antisemiten, Sozialdemokraten, einiger Centrumsglieder und eines Konserwativen abgelehnt. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Antrag Auer wegen Aufhebung des Strafverfahrens gegen Abg. Buch, Fortsetzung der ersten Sitzung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Anzeige! Wurst und Schmalz betreffend.

In meiner Abtheilung für Schmalz und Wurstwaren gelangen die so beliebten Qualitäten dellater Thüringer Wurst, Leberwurst, Knackwurst, Cervelatwurst, feinsten Braunschweiger Schmalzwurst etc. zu Originalpreisen zum Verkauf.

Ia. Schweineschmalz, Thüringer Bratenschmalz, Ia. Gänsefchmalz empfehle in feinsten Qualität.

Hochachtung

F. H. Krause,
Gr. Ulrichstraße 24.

Wichtig für Hausfrauen.

Bernh. Curt Pechstein, Wollwarenfabrikant in Wülsthausen, liefert aus Wolle, alten aektrikaten, gewebten und anderen reinwollenen Sachen und Abfällen haltbare u. gediegene Stoffe für Damen, Herren und Kinder, sowie Stoffe zu Putzdecken in den nobelsten Mustern bei billiger Preisstellung und schneller Bedienung. Annahme und Musterlager in Galle a. S. bei Heinrich Naue, Wülsthausenstraße 17.

W. Assmann's Hamburger Frühstücks-Zimmer

Gr. Ulrichstraße 28
geöffnet von früh 8 bis Abends 12 Uhr.

O. Lauffs,

Weingutbesitzer,
Anfel a/Mein,
empfiehlt seine vorzüglichen, selbstge-
zogenen Rhein. Durand'sche Noth-
weine zu 0,80-2,40 p. Liter od. Flaße.
Bester Genuß-Erhaltungswein.
Preisliste zu Diensten.

Orig.-Theer-Schwefel-Seife

v. Bergmann & Co., Berlin u. Frankfurt a. M.
Aelteste und allein echte Marke:
Dreieck mit Erbkugel und Kreuz.
Anerkannt von vorzüglichster Wirkung
gegen alle Arten Hautkrankheiten,
Sommerprossen, Mitesser, Frostbeulen,
Finnen etc. Vorräthig: Stück 50 & bei
Fritz Frank, Apotheke zum Deutschen
Kaiser, F. Trebst, Löwen-Apotheke,
Oscar Ball, Parfümerie, E. Walther,
Neumarkt-Drogerie.

Kohlenzunder I.
2 Bäder 25 A., 10 Bäder 100 A.
bei Georg Zehring.